

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung

Mitarbeitendenumfrage zu den Sparmassnahmen wird weiterverfolgt

Solothurn, 1. Juli 2014 – Der Regierungsrat hat die Ergebnisse der Mitarbeitendenumfrage über Sparmassnahmen zur Kenntnis genommen und das Finanzdepartement beauftragt die Vorschläge - die in vier Themenfelder zusammengefasst wurden - in sein Controlling über den Massnahmenplan 2014 aufzunehmen. 1'212 Personen nahmen an der Befragung teil, was einem Rücklauf von 21% entspricht. Der Kurzbericht kann unter www.so.ch/Finanzen/Personalamt.html eingesehen werden. Der Regierungsrat bedankt sich ausdrücklich bei allen Mitarbeitenden für die konstruktive Mitarbeit.

Der Kanton Solothurn erarbeitete für das Jahr 2014 und die nachfolgenden Jahre einen Massnahmenplan um das strukturelle Defizit von 150 Mio. CHF zu beseitigen. Die Erarbeitung der Massnahmen erfolgte einerseits in den Departementen, andererseits wurden die Kantonsangestellten, die Lehrerschaft und Schulleitungen in einer Online-Befragung zu ihren Vorschlägen befragt. Die Befragung wurde durch ein externes Unternehmen durchgeführt. Ziel der Befragung war der Einbezug der Kantonsangestellten, der Lehrerschaft und der Schulleitungen in die Erarbeitung des Massnahmenplans. Zu diesem Zweck wurden die Angestellten nach Vorschlägen für Sparideen und die Generierung von Mehreinnahmen befragt. Darüber hinaus konnte durch die Befragung sichergestellt werden, dass im Massnahmenplan auch Sparmassnahmen

berücksichtigt werden, welche möglicherweise in leitenden Funktionen nicht erkannt werden (können).

Insgesamt wurden rund 5'700 Personen – davon ca. 3'700 Kantonsangestellte und ca. 2'000 Lehrpersonen inkl. Schulleitungen – zu einer Teilnahme an der Befragung eingeladen. 1'212 Personen an der Befragung teil, was einem Rücklauf von 21% entspricht. Die Teilnehmenden zeigten ein grosses Engagement, indem sie nicht nur die geschlossenen Fragen beantworteten, sondern auch bei den offenen Fragen zahlreiche gute Vorschläge einbrachten.

Die genannten Vorschläge wurden in einem ersten Schritt gruppiert und nach Sachthemen zusammengefasst. Die Datenauswertung erfolgte anonym. In einem zweiten Schritt prüfte das Amt für Finanzen, welche Vorschläge weiterverfolgt werden können. Dazu wurden sie fünf Gruppen zugeordnet:

Die grösste Gruppe betraf Vorschläge, welche sich mit bereits bestehenden Massnahmen aus dem Massnahmenplan 2013 oder 2014 überschneiden.

In der nächsten Gruppe wurden Vorschläge zusammengefasst, welche eigene tägliche Arbeitsschritte betreffen und daher nicht als Massnahmen formuliert werden können.

Die dritte Gruppe umfasst Vorschläge, welche in der Veränderungskompetenz von Bund und Gemeinden liegen, jedoch nicht in jener des Kantons.

Zudem wurden Vorschläge genannt, welche kürzlich politisch diskutiert wurden, jedoch keinen Anklang fanden und deshalb ebenfalls nicht als Massnahmen formuliert werden können.

Schliesslich wurden die neuen Sparvorschläge zu einer Gruppe zusammengefasst, die nun einer vertieften Betrachtung unterzogen werden.

Vier Themenfelder

Die neuen Sparvorschläge konnten vier Themenfeldern zugeordnet werden. Das erste Themenfeld umfasst das Entlohnungssystem und Personalleistungen, das zweite den Strassenbau, insbesondere in Bezug auf dessen Ausbaustandard, das dritte die Justiz und die Gerichte und das vierte eine Standortkonzentration sowie Schnittstelleneliminierungen.

Die Vorschläge werden jetzt weiter bearbeitet und zur Entscheidungsreife gebracht.

Weitere Auskünfte erteilt:

Urs Hammel, Chef Personalamt, 032 627 20 80